



Das Bündnis „Odenwald gegen Rechts – bunt statt braun“ engagiert sich seit 2006 gegen Rechtsextremismus.

Foto: Guido Schiek

# „Wir müssen uns neutral verhalten“

Einige Odenwälder Kommunen hinterfragen Partnerschaft mit dem Bündnis „Odenwald gegen Rechts“

Von Sandra Breunig

**ODENWALDKREIS.** Es war wohl die Demonstration Mitte Februar in Michelstadt, die nun dem Bündnis „Odenwald gegen Rechts, bunt statt braun“ (OGR) als Veranstalter einige Aufmerksamkeit beschert, wenn auch nicht von der angenehmen Art. Dabei geht es um etwas Grundsätzliches: Dürfen Kommunen Partner des Bündnisses sein, wenn damit die im Grundgesetz geregelte Neutralitätspflicht verletzt wird?

Hintergrund sollen auch einige Plakate gewesen sein, auf denen sich die Protestierenden bei der Demo gegen Friedrich Merz und die CDU positionierten, auf anderen sprachen sich Besucher gegen die AfD aus. „Man kann zwar nicht wissen, wer was hochhält, aber man muss festhalten, dass auch gegen demokratische Parteien demonstriert wurde“, sagt CDU-Kreisvorsitzender Kevin Schmauß dazu. „Es geht mir besonders darum, dass das Bündnis selbst zu Demonstrationen gegen demokratische Parteien der Mitte aufruft. Damit sind sie parteiisch, was nicht sein darf.“

Nicht mitbekommen haben wollen Vertreter des OGR, dass bei der Demo auch Plaka-

te gegen die CDU hochgehoben wurden. Kein Geheimnis sei es hingegen, dass sich das Bündnis gegen die Alternative für Deutschland ausspricht. „Die AfD ist keine demokratische Partei, sondern nur demokratisch gewählt“, meint Harald Staier, eines der Gründungsmitglieder des OGR.

Wer auf die Webseite der Vereinigung schaut, findet unter den Partnern einige Kommunen im Odenwaldkreis, etwa Breuberg, Bad König, Höchst, Fränkisch-Crumbach, Reichelsheim, Beerfelden, Brombachtal und Michelstadt sowie Brensbach. In der Regel beschränke sich die Unterstützung der Kommunen auf die Bereitstellung von Räumlichkeiten für OGR-Veranstaltungen, so Staier. In Bad König wird das zukünftig anders sein, nachdem veranlasst worden sei, als Partner von der Website des Bündnisses entfernt zu werden, informiert Bürgermeister Frank Hofferbert.

Es habe keine Absprache für die Aufnahme als Partner gegeben. „Nachdem wir damals eine Zahlung von 50 Euro geleistet haben, sind wir da einfach aufgetaucht.“ Tragbar sei das für Bad König nicht, denn die AfD sei eine zugelassene Partei, auch wenn es nicht jedem gefallen mag. „Die Partei

ist wählbar und zugelassen, weshalb wir uns neutral verhalten müssen“, so Hofferbert.

Ähnlich klingt das in Reichelsheim: „Die Rechtslage ist in dieser Angelegenheit eindeutig: Kommunen sind verpflichtet, sich politisch neutral zu verhalten. Nach den mir vorliegenden Informationen stellt sich die Frage, ob die Gemeinde Reichelsheim im Rahmen des Bündnisses ‚Odenwald gegen Rechts‘ überhaupt als Partner auftreten darf“, teilt Bürgermeister Stefan Lopinsky auf Nachfrage mit. Gelklärt ist es noch nicht.

Auf der Tagesordnung steht das Thema auch in Brensbach, wo die Unabhängige Wählergemeinschaft (UWG) Brensbach für die nächste Gemeindevertretersitzung einen Antrag einbringen wird, um die Verbindung zu „Odenwald gegen Rechts“ „kritisch“ zu überprüfen, denn „in den letzten Jahren hat sich jedoch gezeigt, dass die Aktivitäten dieses Bündnisses nicht immer mit der gebotenen politischen Neutralität vereinbar sind“. Zudem sei eine „ungleiche einseitige Gewichtung bei verschiedenen extremistischen Strömungen festzustellen“. „Vor diesem Hintergrund ist es geboten, die Mitgliedschaft der Gemeinde in diesem

Bündnis zu hinterfragen und gegebenenfalls zu beenden.“

Beerfelden ist nach einer Zahlung von 100 Euro und nach der Abstimmung mit der Stadt seit 2015 ein Partner des Bündnisses. Übernommen wurde das nach der Entstehung der Stadt Oberzent mit Beerfelden als Stadtteil nicht, denn die neue Kommune verhalte sich „seit ihrer Gründung 2018 politisch neutral und wird dies auch zukünftig tun“, sagt Bürgermeister Christian Kehrer.

Höchst dagegen hat trotz der aktuellen Diskussionen nicht vor, die Zusammenarbeit zu beenden. „Aktuell liegen der Verwaltung keine Anträge aus den Fraktionen vor, die eine Beteiligung der Gemeinde Höchst an dem Bündnis in Frage stellen oder die eine Beendigung der Beteiligung erwarten lassen“, schreibt Bürgermeister Jens Fröhlich.

Auch Breuberg sieht keinen Konflikt. „Die Stadt Breuberg arbeitet bereits seit vielen Jahren projektbezogen als Bündnispartner mit dem Bündnis ‚Odenwald gegen Rechts‘ zusammen und hat verschiedene Ausstellungen, die auch in den ortsansässigen Schulen gezeigt wurden, unterstützt“, teilt Bürgermeisterin Deirdre Heckler mit. „Ich als Bürgermeisterin der Stadt Breuberg

fördere gerne auch zukünftige Projekte des Bündnisses, die gegen Rechtsextremismus, für mehr Toleranz und mehr Kommunikation zwischen den Kulturen in unserer Gesellschaft stehen.“

Schon 2021 hat Erbach von „Odenwald gegen Rechts“ Abstand genommen. Damals stellten Magistrat und Bürgermeister Dr. Peter Traub fest, „dass sich eine Stadt politisch neutral verhalten sollte“, was einer Partnerschaft mit dem OGR zuwiderlaufen würde. Noch heute steht Traub zu seiner damaligen Entscheidung: „Alle Bewegungen und Aktivitäten, die sich undifferenziert ‚gegen rechts‘ wenden, halte ich für eine unzulässige Diffamierung politisch Andersdenkender.“ Da sich das Bündnis explizit gegen die AfD und neuerdings auch gegen die CDU wende, hält Traub eine Beteiligung der Kommunen an diesem Bündnis für unzulässig.

Staier kann es nicht nachvollziehen, warum aus seiner Sicht „Unwahrheiten“ verbreitet werden, „die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben“. Nicht ohne Grund sei „Odenwald gegen Rechts“ erst vor Kurzem in das geförderte Bundesprogramm „Demokratie leben“ aufgenommen worden.

► KOMMENTAR